geblieben sei, mit dem unerschütterlichen Mut zu neuen bedeutsamen wirtschaftlichen Wagnissen und Unternehmungen zugleich aber auch zur Schaffung großer Kulturinstitute, wenn es auch lange dauern werde, bis sich Frankfurt von den Schäden und Gefahren erholt haben werde, die die Besetzungen und jahrelangen Abschnürungen ihres natürlichen Hinterlandes, des besetzten Gebietes, über sie gebracht haben. Der Oberbürgermeister schloß seine Ausführungen mit einem Hoch auf den Reichspräsidenten.

Der Reichspräsident erwiderte mit folgenden kurzen Worten:

Herr Oberbürgermeister! Meine Herren!

Ich danke Ihnen herzlichst für die freundlichen Worte und Wünsche, die Sie meiner Person wie meinem Amte gewidmet haben. Es ist mir eine Freude, im Anschluß an meine Reise zu den süddeutschen Regierungen heute auch in der alten Reichsstadt Frankfurt zu weilen, die als geistige und politische Brücke zwischen Nord und Süd unseres Vaterlandes für uns Deutsche immer von besonderer Bedeutung gewesen ist. Möge die Zukunft der ehrenvollen, über 1000jährigen Geschichte dieser Stadt ebenbürtig, möge ihr eine glückliche Entwicklung und ihren Bürgern Wohlergehen und Gedeihen beschieden sein! Mit diesen Wünschen erhebe ich mein Glas auf das Wohl der Stadt Frankfurt!

Besuch in der Universität.

Nach dem Frühstück unternahm der Reichspräsident eine Rundfahrt durch die Stadt, die ihn zunächst zur Universität führte, wo Professoren und Studenten ihn in dem stimmungsvoll geschmückten Adickessaal erwarteten. Der Rektor der Universität Professor Dr. Embden begrüßte den Reichspräsidenten als Führer und Vorbild des deutschen Volkes in Krieg und Frieden. Die Universität, deren Gründungstag der 1. August 1914 ist, sehe es als ihre besondere Aufgabe an, die alten Traditionen der Universität Straßburg zu pflegen. Der Rektor dankte schließlich dem Reichspräsidenten für seine Bereitwilligkeit, die Denktafel für die im Weltkriege gefallenen Angehörigen der Universität zu weihen. Darauf legte der Reichspräsident einen Kranz nieder mit den laut durch die Halle klingenden Worten: „Ich weihe diese Tafel in Erinnerung an Deutschlands Helden der Hoffnung auf unsere Zukunft und der Mahnung zur deutschen Einigkeit!" Unter dem Zusammenklingen der Schläger und dem Gesange des Liedes „Ich hatt' einen Kameraden" schloß die tiefergreifende Feier. Auf der Fahrt am Messegelände vorbei betrachtete der Reichspräsident mit sichtlichem Interesse dessen ausgedehnte Bauten.

Im Stadion.

Um 4.15 Uhr traf der Reichspräsident auf dem Neuen Frankfurter Stadion ein, wo er von einer vieltausendköpfigen Menschenmenge begrüßt wurde. Auf beiden Seiten des Eingangs zum Stadion hatten Abordnungen der Sport- und Turnvereine mit ihren Standarten und Fahnen Aufstellung genommen. Nachdem dem Reichspräsidenten die Führer der Sportbewegung vorgestellt worden waren, erfolgte unter Leitung des Stadionlehrers Brechenmacher die Vorführung moderner gymnastischer Uebungen, denen der Reichspräsident mit sichtlichem großem Interesse folgte. Dem Leiter der Vorführung dankte der Reichspräsident durch einen Händedruck für das Gebotene. Hierauf gab Stadtrat Schmude in einer Ansprache seiner Freude über den Besuch des Reichspräsidenten Ausdruck. Er schloß mit einem dreifachen Hoch auf den Reichspräsidenten. Eine Kapelle intonierte das Deutschlandlied, das von allen Anwesenden stehend und entblößten Hauptes mitgesungen wurde. Auf besonderen Wunsch des Reichspräsidenten wurde auf der Rückfahrt auch noch kurz das Goethehaus besichtigt. Wie bei der Ankunft, so war auch bei der Rundfahrt der Reichspräsident überall Gegenstand der lebhaftesten Huldigungen der zu unzähligen Tausenden die Straßenränder besetzt haltenden Menschenmenge. Kurz vor 7 Uhr begab sich der Reichspräsident in das Opernhaus, wo auf seinen besonderen Wunsch „Figaros Hochzeit" gegeben wurde.

Der geplante Novemberputsch 1924 in Bayern.

Der Nürnberger Berichterstatter der „Vossischen Zeitung" übermittelt folgende Erklärung des Oberbürgermeisters Dr. Luppe:

„Ich habe kürzlich auf Wunsch eines Parteifreundes Herrn Emil Ludwig einige Auskunft über die politischen Verhältnisse in Bayern gegeben. Ich konnte dabei voraussetzen, daß Emil Ludwig sich der Tragweite des ihm Mitgeteilten bewußt sein und nicht ohne mein Wissen und Willen Dinge der Oeffentlichkeit mitteilen würde, deren Mitteilung ich der Oeffentlichkeit gegenüber nicht für zweckmäßig hielt. Nachdem Herr Emil Ludwig leider meine Mitteilungen unberechtigterweise und zum Teil unrichtig in die Oeffentlichkeit gebracht hat, versuchte ich zunächst durch ein Dementi eine weitere Erörterung der Dinge abzuschneiden. Leider nötigen mich aber die neuen Erklärungen des Herrn Reichswehrministers Dr. Geßler und des Herrn Emil Ludwig nun doch, den wirklichen Sachverhalt mitzuteilen:

Herr Reichswehrminister Dr. Geßler kam Ende Oktober 1924 während der Regierungskrise zu mir auf mein Büro und fragte mich u. a., wie ich die Verhältnisse in Bayern beurteilte. Als ich ihm erklärte, daß nach meiner Ansicht in bezug auf einen Königputsch der kritischste Moment wohl überwunden sei, erwiderte er mir: Nein, die Lage sei absolut ernst. Rupprecht beabsichtige vorzugehen, und er wolle mir jetzt schon sagen, daß, wenn dies geschehen sollte, die Reichswehr nicht eingreifen werde. Daß Herr Dr. Geßler mit bayrischen Monarchisten gesprochen und ihnen entsprechende Zusage gemacht habe, habe ich Herrn Emil Ludwig nie gesagt, da Herr Dr. Geßler davon auch nichts gesagt hat. Als ich meine Verwunderung und Erregung über Herrn Dr. Geßlers Auffassung kundgab, erwiderte er mir, ich kenne eben die Bayern nicht, die Bayern wollten und brauchten einen König, den könnte man ihnen auf die Dauer doch nicht vorenthalten.

Da ich von einem Königsputsch schwere Erschütterungen für Reich und Bayern befürchtete, habe ich am gleichen Abend Herrn Dr. Haas schriftlich von der Unterredung mit Herrn Dr. Dr. Geßler Kenntnis gegeben. Wenn Herr Dr. Haas sich an diesen Brief nicht mehr erinnert, so ist das mir nicht recht verständlich, wenn dieser Brief nicht etwa in seiner Abwesenheit einem anderen Parteifreunde gegeben worden sein sollte. Mir ist von anderer Seite bekannt, daß der verstorbene Reichspräsident Ebert von den Putschabsichten Kenntnis erhalten hat, nachdem wenige Tage darauf auch maßgebende Sozialdemokraten aus Kreisen der Bayrischen Volkspartei, die mit schwerer Sorge über die drohende Gefahr erfüllt waren, Kenntnis erhalten hatten. Ob der bekannte Artikel im „Regensburger Anzeiger" und weitere Artikel in den „Münchener Neuesten Nachrichten" und der „Augsburger Postzeitung", die kurz darauf erklärten, daß die Königsfrage in Bayern keineswegs reif sei, auf ein Eingreifen von Berlin oder auf Vorgänge innerhalb der Bayrischen Volkspartei zurückzuführen sind entzieht sich meiner Kenntnis.

Damit dürfte meines Erachtens das Vorspiel des im Jahre 1924 beabsichtigten Putsches genügend geklärt sein."

Kampfzölle gegen Spanien.

Der Reichsrat erklärte sich mit den von der Reichsregierung zur Abwehr der spanischen handelspolitischen Kampfmaßnahmen vorgeschlagenen Gegenmaßnahmen, die eine sehr erhebliche Erhöhung der Zölle auf wichtigste spanische Ausfuhrerzeugnisse vorsehen, einverstanden, gab aber dabei dem Wunsche Ausdruck, daß alles versucht werden solle, um den gegenwärtigen für beide Teile unerfreulichen Zustand so schnell wie möglich zu beenden.

Vom griechisch-bulgarischen Konflikt.

Paris, 13. November. Aus Siderokastron wird berichtet: Die vom Völkerbund eingesetzte und mit der Untersuchung des griechisch-bulgarischen Zwischenfalls beauftragte Kommission ist gestern nachmittag im Sonderzug in Siderokastron eingetroffen. Sie wird sich heute vormittag nach Petritsch begeben und am Abend nach Siderokastron zurückkehren und dort wahrscheinlich bis Sonntag bleiben.

Zur Lage in Syrien.

Paris, 13. November. Der Sonderberichterstatter des Petit Parisien in Beirut meldet, daß die Lage in Syrien sehr ernst ist. Als Gründe für die heute festzustellende Bewegung gibt er folgende an: Die Islamiten hätten von der Schaffung eines Großarabien geträumt und dieses aus den Händen der Franzosen erwartet. Frankreich aber sei ihnen das gar nicht schuldig, denn es sei den Islamiten dies niemals versprochen worden; gleichwohl erhofften sie es aber. Die französische Auffassung über das, was im Interesse des Landes liege, sei eine andere gewesen. Frankreich habe die syrischen Staaten geschaffen, darunter auch den Großlibanon. Diese Politik, die dem Großlibanon eine scheinbare Vorherrschaft verlieh, habe zur Folge gehabt, daß die Islamiten, die seit Jahrhunderten die Christen beherrscht hätten, sich, obwohl sie die Mehrheit bildeten, unter dem Einfluß dieser stehend, fügten. Daher der enttäuschte politische Ehrgeiz. Daher der religiöse Haß. Hier liege die Ursache des Dramas. Schon unter General Gouraud habe es gegärt und, allerdings schwächer auch unter General Weygand, der ihnen Achtung eingeflößt hätte, weshalb die Wagemutigen etwas Geduld geübt hätten. Als er abberufen wurde, seien die Agitatoren aus dem Dunkel getreten, das heißt die arabischen Führer, die nach Ehre und Geld dürsteten, die Türken, die Agenten von Moskau und die Leute von Dschaß.

Der Berichterstatter des Petit Parisien fügt weiter an: Ich sage Dschaßleute aus Diplomatie, weil ich nicht Engländer sagen will. General Sarrail, der Nachfolger Weygands, habe noch nicht einmal seine Nasenspitze in Beirut gezeigt, als die Muselmanen sich auf den großen Abend vorbereiteten, während die Christen und die, die sie leiteten, feierlichst geschworen hätten, den neuen Oberkommissar zu boykottieren. So sei das Komplott beschlossen worden. Es habe sich nur darum gehandelt, einen Zwischenfall abzuwarten.

Der Berichterstatter charakterisiert schließlich die augenblickliche Lage in Syrien dahin, daß eine neue Gefahr drohe. Die sogenannte nationalistische Partei versuche, die Drusen und die Islamiten des Großlibanon zu gewinnen und übe ihre Tätigkeit seit zwei Tagen auch im Süden nach der Grenze von Palästina hin aus. Dieser Krieg werde im Namen der Unabhängigkeit Arabiens geführt. Man sei so weit, daß man sich die Frage vorlege, ob zur gegenwärtigen Stunde eine politische Aktion überhaupt noch möglich sei.

Marokkokriegsbericht.

Paris, 13. November. Havas meldet aus Rebat. Vom westlichen und mittleren Frontabschnitt ist nichts zu berichten. Am Frontabschnitt des 19. Armeekorps haben franzosenfreue Stämme Dissidenten angegriffen und bis in die Gegend von Beraber verfolgt, wobei sie 15 Dissidenten töteten. Das aus amerikanischen Fliegern bestehende Flugzeuggeschwader des Scherifen ist aufgelöst. Die amerikanischen Flieger kehren nach Frankreich zurück.

Die japanische Marine in Kampfbereitschaft.

London, 13. November. Die japanische Regierung hat in der gestrigen Sitzung des Kabinetts beschlossen, die Marine in den Zustand der Kampfbereitschaft zu versetzen, um jederzeit imstande zu sein, zum Schutz der japanischen Staatsbürger in China eingreifen zu können, sobald der christliche General Feng den von ihm seit langer Zeit geplanten Staatsstreich verübt. Der chinesische Ministerpräsident mit seinem gesamten Kabinett sollen sich bereits in dem Zustand von Staatsgefangenen des christlichen Generals befinden und nicht in der Lage sein, irgendwelche Maßnahmen zur Aufrechterhaltung ihrer Autorität und der öffentlichen Ordnung ergreifen zu können.

Aus Stadt und Land.

Oeffentliche Stadtverordnetensitzung

vom 13. November 1925.

Herr Bürgermeister Hofmann eröffnet die Sitzung und teilt mit, daß man, um eine bessere Akustik im Saale zu schaffen, das Gewölbe durch Rabitzschicher abgedeckt habe. Gleichzeitig gibt er dem Kollegium Kenntnis von einer Einladung des Lehrergesangvereins Aue zu seinem 25jährigen Jubiläum. Das Kollegium beschließt, Herrn Henschel mit der Vertretung zu betrauen. Zu Punkt 1 der Tagesordnung referiert Herr Bürgermeister Homann, daß die Anschaffung einer Subtrahier- und Addiermaschine für das Stadtbauamt von großem Nutzen sein würde. Die Anschaffungskosten betragen 950 Mark und werden bewilligt. Der Abschluß der Wasserwerkskasse 1924/25 wird genehmigt. Der Reingewinn stellt sich auf etwas über 28 000 Mark. Diese sind gutgeschrieben worden, um späterhin in der Lage zu sein, einen größeren Wasserbehälter auf dem Zeller Berg aufzustellen, um auch die am höchstgelegenen Grundstücke ausreichend mit Wasser zu versorgen. Stadtv. Brandt empfiehlt dem Kollegium im Namen des Rechnungsausschusses nach geringfügigen Abänderungen die Richtigsprechung verschiedener Rechnungen, wie Stadtrechnungen 22/23 und 23/24, Sparkassen-, Girokassen-, Feuerlöschkasse, Stiftungs-, Anleihekasse, Oberrealschul-, Handelsschul- und Krankenhauskasse. Die Rechnungen werden einstimmig richtig gesprochen. Für den Haushaltplan 1925/26 macht sich eine Nachbewilligung für verschiedene Ausgaben von insgesamt 26 850 Mark notwendig. Diese Ausgaben werden teilweise wieder durch Einnahmen gedeckt und werden bewilligt.

Zu Punkt 5 der Tagesordnung „Errichtung von Freitischen an den sächsischen Hochschulen Leipzig und Dresden" berichtet Herr Stadtv. Aichinger. Er führt aus, daß die in Friedenszeiten vorhanden gewesenen Stipendien der Inflation zum Opfer gefallen und das Studium für Minderbemittelte dadurch fast unmöglich geworden sei. Aus diesem Grunde haben sich die Studentenausschüsse der beiden Hochschulen an den Städtetag gewandt und gebeten, daß die Städte Freitische für bedürftige Studenten schaffen, vielmehr die Kosten dafür übernehmen sollen. Die Universität Leipzig hat ganze Freitische mit Mittag und Abendbrot und halbe Freitische (nur Mittagbrot). Die Kosten für den ganzen Freitisch (sieben Studienmonate) stellen sich auf 160 Mark, für den halben auf 105 Mark. An der Technischen Hochschule Dresden sind nur halbe Freitische vorhanden, dessen Kosten für sechs Studienmonate 145 Mark betragen. Das Kollegium beschließt, je einen Freitisch in Leipzig (ganzen Freitisch) und Dresden zu übernehmen. Die Stadt Aue behält sich vor, die Namen derjenigen anzugeben, die diesen Nutzen genießen. In erster Linie kommen bedürftige Stadtkinder in Betracht.

Frau Stadtv. Hofmann führt zu Punkt 6 aus, daß die Gemeinde Oberschlema auf Rat des Ministeriums ebenso wie Niederschlema um Aufnahme ihrer Fortbildungsschüler in die städtische Fortbildungsschule Aue gebeten haben. Vorläufig — bis Ostern 1926 — kommen 21 Knaben und 39 Mädchen in Frage. Das Kollegium ist mit der Aufnahme einverstanden. Wie Herr Bürgermeister Hofmann erwähnt, ist die Aufnahme auch insofern geboten, als man dann später eher auf eine Unterstützung des Staates zum Baue eines neuen Gewerbeschule rechnen könne.

Zur Anschaffung von Matratzen für das Kinderheim werden 500 Mark bewilligt, desgleichen 650 Mark zum Druck des Jahresberichtes, der noch im Laufe dieses Monats fertiggestellt werden soll.

Zu Punkt 9 der Tagesordnung führt Herr Bürgermeister Hofmann aus, daß die Erhaltung der Waldumrahmung der Eichertsiedlung geboten sei. In Richtung der Stadt, an den Schreibergärten zieht sich nun eine Waldkulisse (Kiefernbestand), deren Aufforstung dringend geboten sei. Die starke Rauchentwicklung der Stadt verhindere das Gedeihen von Koniferen, sodaß man beschlossen habe, Laubholz anzusetzen. Die Kosten betragen 400 Mark. Die Arbeit soll von Erwerbslosen ausgeführt werden. Ein diesbezüglicher Antrag findet einstimmige Genehmigung. Im Anschluß rügt Herr Bürgermeister Hofmann die Rücksichtslosigkeit einzelner Eichertbewohner, die schonungslos den Rauchschutz in den Wald abfahren. Dadurch habe derselbe außerordentlich gelitten.

Für die Instandsetzung des Daches an dem der Stadt gehörigen Hause Wehnertstraße 12 werden 110 Mark bewilligt.

Der freihändige Ankauf von Stadtanleihescheinen wird beschlossen. Die Wahl von Vertrauensleuten zur Schöffen- und Geschworenenwahl fällt auf die bisherigen Mitglieder.

Zu Punkt 13 der Tagesordnung, Einstellung von zwei Hilfspolizeibeamten referiert Herr Bürgermeister Hofmann. Durch die Einziehung der staatlichen Polizeikräfte, die bisher vielfach Verkehrsdienst in den kleineren Städten versehen, sei die Stadt gezwungen, die Polizeikräfte zu vermehren. Bei dem augenblicklichen Etat an Polizeimannschaften sei es unmöglich, den Dienst auf der Wache, in den Bezirken und im Verkehrswesen voll und ganz zu versehen. Der Posten am Markt sei aber nicht zu entbehren, sodaß man zur Anstellung von zwei Hilfskräften schreiten müsse, deren Diensteinteilung es auch ermöglichen würde, einen Posten am Bahnhof zu gewissen Stunden des Tages zu unterhalten. Die beiden Hilfskräfte wolle man auf Privatdienstvertrag anstellen. Vorerst habe jedoch die Kreishauptmannschaft dem dringenden Ersuchen der Stadt nachgegeben und weiterhin Kräfte zur Versehung des Verkehrsdienstes bereitgestellt. Die Stadt habe nunmehr gebeten, diese Einrichtung so lange dauern zu lassen, bis eine Entscheidung bezgl. der Uebersiedlung der Sipo in die neue Kaserne erfolgt sei. Die Stadt habe nämlich im Vertrag mit dem Staate betreffs Bereitstellung von Wohnungen für staatliche Polizeimannschaften einen Passus, der der Stadt eine Dienstleistung der Beamten im Verkehrsdienst gegen Tragung der Mietzinssteuer von seiten der Stadt verspreche. Der Beschluß betreffs Anstellung von zwei Hilfskräften sei demnach nur vorläufig zu fassen, der hinfällig würde, wenn der Staat auf das Ersuchen der Stadt eingehen würde und die weiteren Verhältnisse die Inkrafttretung der Verträge mit sich bringe.

Herr Stadtv. Fabian tritt für eine energische Eingabe an den Staat ein und glaubt außerdem, daß es bei einer anderen Einteilung der vorhandenen Polizeimannschaften wohl möglich sei, auch die Verkehrsposten zu stellen. Im übrigen erkennt er deren Notwendigkeit voll und ganz an.

Die Abstimmung ergibt die Annahme des Antrages für Einstellung der Hilfskräfte gegen 8 Stimmen.

Anschließend geheime Sitzung.